

Von Steuersenkungen, Kinderbonus und anderen Manipulationen



Er blieb aus, der erhoffte Freudenschrei der in Luxemburgwohnenden Familien, als eine Anpassung der Steuertabelle an die Inflation um 6% zum 1.1.2008 angekündigt wurde.

Wenngleich diese Initiative wichtig war, darf sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Tripartite eine Indexmodulierung beschlossen hat und alle Familienzulagen vom Index entbunden wurden. Eine Anpassung der Steuertabelle von 16% hätte die Familien von der seit 2002 schleichenden und inflationsbedingten Steuererhöhung entlastet.

Der hoch gepriesene Kinderbonus, welcher diesen Verlust an Zulagen kompensieren soll, ist ein eher misslungener Scherz. Alle Familien bekommen in der Theorie 922,50 Euro pro Kind, jedoch wird die beschlossene Abschaffung des steuerlichen Kinderfreibetrages das neue Kindergeld bei den allermeisten Familien komplett neutralisieren. Im Klartext bedeutet

dies, dass nur Familien mit einem zu versteuernden monatlichen Einkommen unter 3000 Euro in den Genuss dieser Prämie kommen. Recht so, sind es doch gerade diese Familien die am meisten unter der Teuerung des Lebens, den galoppierenden Leitzinsen, Taxen und hohen Steuern zu kämpfen haben! Es bedeutet aber auch, dass Familien, bei denen beide Partner den Mindestlohn verdienen, nicht in den Genuss der ganzen Prämie kommen.

Was beabsichtigt die CSV eigentlich? Einerseits gibt sie sich als moderne Partei, welche dafür eintritt, dass beide Elternteile arbeiten sollen, andererseits kommt man nicht in den Genuss des Kinderbonus, wenn beide arbeiten.

Der Kinderbonus wird folglich nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommen, während die Mittelverdiener, ob ein Elternteil oder beide berufstätig sind, von dieser Maßnahme aber auch rein gar nichts haben. Leider versäumten die Volksvertreter gänzlich, die Leute im Lande in diesem Punkt richtig aufzuklären.

Die Regierung spricht in diesem Zusammenhang gerne von „Negativsteuer“. Dabei hat sie nichts anderes getan, als ein steuerliches Ins-

trument in eine neue Familienzulage umzuwandeln. Nicht mehr und nicht weniger. Von Negativsteuer kann also nicht die Rede sein. Übrigens auch nicht von Verwaltungsreform, wird die bereits heute überbelastete nationale Familienzulagenkasse (CNPF) (siehe Bericht des Ombudsmann) mit zusätzlichen administrativen Aufgaben betraut.

Wäre es, trotz dieses prä-elektoralen Schachzuges, nicht an der Zeit, alle familienpolitischen Maßnahmen unter einem neuen Aspekt zu beleuchten, hin zu mehr Förderung der Dienstleistungen im Kinderbereich? Wird das ausbezahlte Kindergeld auch immer zum Wohle des Sprösslings eingesetzt? Wäre es nicht eine Überlegung wert, wenn der Staat einen Bruchteil des Kindergeldes anlegen würde, um es dem Erwachsenen dann bei seiner Erstanschaffung einer Immobilie beizusteuern?

Jedenfalls wäre es lobenswert, wenn die Minister den Familien in Zukunft die Wahrheit sagen würden, anstatt sie in Illusionen schwebeln zu lassen.

28.11.07
JOURNAL Gilles Baum,
Präsident DP-Osten
cmaisch@pt.lu